Amtsblatt der Stadt Mannheim vom 29. Dezember 2022

Schöffinnen und Schöffen gesucht

Im Jahr 2023 Jahr findet beim Amtsgericht Mannheim die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2024 bis 2028 statt. Es werden die Jugendschöffinnen und -schöffen für das Amts- und Landgericht Mannheim gewählt. Diese werden beim Jugendschöffengericht und bei den Jugendkammern am Landgericht eingesetzt. Zudem werden auch alle Haupt- und Ersatzschöffinnen und -schöffen für das Schöffengericht beim Amtsgericht Mannheim und für die Strafkammern beim Landgericht Mannheim gewählt.

Die Stadt Mannheim sucht deshalb aktuell Bürgerinnen und Bürgern, die sich als ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Jugend- und Erwachsenengerichtsbarkeit engagieren möchten.

Das Schöffenamt

Schöffinnen und Schöffen sind die Vertreterinnen und Vertreter des Volkes und sollen mit ihrem Ehrenamt dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Justiz erhalten bleibt. Sie sollen durch ihre Urteile die juristisch geprägte Sichtweise der Berufsrichterinnen und -richter durch ihre Erfahrungen und Kenntnisse bereichern. Ehrenamtliche Schöffinnen und Schöffen werden jeweils zu zweit – immer ein Mann und eine Frau – den Berufsrichterinnen und -richtern zugeordnet. Die Schöffinnen und Schöffen werden vereidigt, denn sie haben bei den Verhandlungen dasselbe Stimmrecht wie die Berufsrichterinnen und -richtern, sie dürfen ebenso Fragen stellen.

Schöffinnen und Schöffen erhalten für ihre Tätigkeit eine kleine Entschädigung. Wer Schöffin oder Schöffe werden möchte, sollte folgende Voraussetzungen mitbringen:

• deutsche Staatsbürgerschaft,

• zwischen 25 und 69 Jahre alt (Stichtag 1. Januar 2024),

• gesundheitlich geeignet,

• kein Insolvenzverfahren,

• keine Vorstrafen,

• ausreichende Deutschkenntnisse,

• wohnhaft in Mannheim,

• sowie beim Jugendschöffenamt: Erfahrungen in der Erziehung.

Wer dieses Ehrenamt in Mannheim ausüben möchte, muss zunächst einen Antrag bei der Stadtverwaltung stellen. Die Stadt Mannheim stellt Vorschlagslisten auf, aus denen die jeweiligen Schöffinnen und Schöffen beziehungsweise Jugendschöffinnen und -schöffen gewählt werden. Hierfür bittet die Stadtverwaltung um Verwendung des offiziellen Bewerbungsformulars. Dieses gibt es im Internet unter www.mannheim.de/schoeffen. Telefonisch kann der Vordruck unter 0621/293-9635

(Erwachsenengerichtsbarkeit) oder 0621/293-3619 (Jugendschöffenamt) angefordert werden.

Wer Interesse am Schöffenamt in der Erwachsenengerichtsbarkeit hat, wird gebeten, sich mit dem offiziellen Bewerbungsformular ab sofort beim Fachbereich Demokratie und Strategie zu bewerben: Stadt Mannheim, Fachbereich Demokratie und Strategie, Team 15.33, Rathaus E 5, 68159 Mannheim – Stichwort: Schöffenwahl, Fax: 0621/293-479635, E-Mail: ratsangelegenheiten@mannheim.de.

Interessierte für das Jugendschöffenamt werden gebeten, sich mit dem entsprechenden Bewerbungsformular ab sofort beim Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt zu bewerben: Stadt Mannheim, Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt, Heinrich-Lanz-Str. 38, 68165 Mannheim – Stichwort: Jugendschöffenwahl; Fax: 0621/293-3677, E-Mail: marco.nitsche@mannheim.de.

Weitere Informationen: Weitere Informationen gibt es unter www.mannheim.de/schoeffen, beim Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V. unter www.schoeffen.de sowie unter www.schoeffenwahl.de.

Fördermittel für Sanierungen im Parkschwimmbad Rheinau

Beitrag zum Klimaschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das städtische Freibad im südlich gelegenen Stadtteil Rheinau bekommt 1,6 Millionen Euro Bundesfördermittel für notwendige energetische und betriebserhaltende Sanierungsmaßnahmen in Aussicht gestellt: Der Fachbereich Sport und Freizeit hatte sich im Sommer auf die Förderung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) für das Parkschwimmbad beworben. Nun hat der Haushaltsauschuss des Bundestags beschlossen, dass die Bewerbung um einen Zuschussantrag des Fachbereichs Sport und Freizeit erfolgreich war und er den Zuschuss 2023 beantragen darf. Der Bund fördert 75 Prozent der Gesamtkosten, die sich auf 2,13 Millionen Euro belaufen.

„Aufgrund seiner Lage als einziges Freibad im Süden Mannheims wird das Parkschwimmbad von Schulen und Vereinen genutzt, ist aber auch bei Familien sehr beliebt und trägt wesentlich zur Wohnqualität auf der Rheinau bei. Mit der Förderung können wir das Bad fit für die Zukunft machen und auch den kommenden Generationen die Möglichkeit zu Bewegung und Abkühlung an heißen Sommertagen bieten“, so Bürgermeister Ralf Eisenhauer.

Mit den vom Bund bewilligten Fördermitteln im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK) können alte Bestände, die noch aus dem Errichtungsjahr 1965 stammen, erneuert werden. So wird nicht nur die Betriebssicherheit aufrechterhalten, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, Energie zu sparen. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen sollen die Badewasserumwälzpumpen ersetzt und die Elektroverteilungen erneuert werden. Zudem werden die defekten Entwässerungsleitungen sowie großflächig alte Gehwegplatten ausgetauscht. Dabei wird die Möglichkeit genutzt, die Neuverlegung mit Unterstützung der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Stadt Mannheim barrierefrei zu gestalten.

Mit der Erneuerung der Rutschen im Nichtschwimmerbecken und der Sanierung des Kinderplanschbeckens soll das Freibad noch attraktiver gestaltet werden. Eine neue Sprunganlage wird allen sicherheitstechnischen Anforderungen ohne provisorische Maßnahmen gerecht werden. Unter anderem diese Maßnahmen, die besonders für die Kinder und Jugendliche durchgeführt werden, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und der sozialen Integration im Süden Mannheims bei.

Anwohnerschutzkonzept Bundesgartenschau 2023

Ausnahmegenehmigungen für Gewerbetreibende und Tagesparkausweise

Die Stadt Mannheim passt ihr Anwohnerschutzkonzept zur Bundesgartenschau weiter an und kommt damit sowohl der Forderung der Gewerbetreibenden nach Parkmöglichkeiten für ihre Beschäftigten nach sowie dem Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner nach Parkmöglichkeiten für ihre Besucherinnen und Besucher.

Gemäß Beschluss des Gemeinderats vom 13. Dezember haben Gewerbetreibende in den Stadtteilen Feudenheim, Neuostheim, Neuhermsheim und Käfertal-Süd/Rott, in denen im Zeitraum der Bundesgartenschau vom 14. April bis 8. Oktober 2023 temporäre Bewohnerparkzonen eingerichtet werden, die Möglichkeit, pro Betrieb jeweils zwei Ausnahmegenehmigungen zu beantragen. Die Ausnahmegenehmigungen werden kostenlos zur Verfügung gestellt und sind auf den Zeitraum der Bundesgartenschau beschränkt. Damit haben auch Gewerbetreibende die Möglichkeit, in einer Bewohnerparkzone sowie in einer Zone mit Parkscheibenregelung unbegrenzt parken zu können.

Ebenso erhalten Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile für den Zeitraum der Bundesgartenschau pro volljährigem Haushaltsmitglied bis zu 20 Tagesparkscheine – und das unabhängig davon, ob ein Fahrzeug im Haushalt vorhanden ist oder nicht. Damit ist gewährleistet, dass auch Besuch von auswärts in der Bewohnerparkzone unbegrenzt parken kann.

Die Stadt appelliert dennoch, alternative Anreisemöglichkeiten mit Fahrrad, zu Fuß oder ÖPNV zu nutzen oder auf „Park&Ride“-Angebote zurückzugreifen, beispielsweise am Universitätsklinikum. Alle Parkmöglichkeiten sind unter www.parken-mannheim.de/parken zu finden.

Weitere Parkzone in Feudenheim

Auf Anregung der Gewerbetreibenden im Stadtteil Feudenheim wird dort eine weitere Parkzone im Norden in der Straße Am Schelmenbuckel eingerichtet. Damit stehen in Feudenheim mit der Talstraße, dem Friedhof, der Scharnhorst- und Ziethenstraße, der Hauptstraße und der Straße Am Bogen insgesamt sechs Parkzonen zur Verfügung, in denen mit Parkscheibe bis zu zwei Stunden geparkt werden darf. Der öffentliche Parkplatz vor der Kulturhalle Feudenheim wurde bereits aus dem Anwohnerschutzkonzept herausgelöst. Dieser ist somit frei verfügbar.

Bürgermeister Ralf Eisenhauer erklärt: „Das Anwohnerschutzkonzept soll insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner in BUGA-nahen Stadtteilen vor fremdem Parksuchverkehr und wildem Parken schützen. Die Diskussion der vergangenen Monate zeigt aber einmal mehr, wie herausfordernd es ist, den begrenzten öffentlichen Raum unter Berücksichtigung aller unterschiedlicher Interessen zu nutzen. Mit den Anpassungen tragen wir den ausführlichen Gesprächen mit Betroffenen innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen Rechnung.“

Hintergrund

Zur Bundesgartenschau 2023 werden rund 2,1 Millionen Besucherinnen und Besucher in Mannheim erwartet. Menschen, die mit dem eigenen Auto anreisen sowie mit Wohnmobilen, werden auf den Großparkplatz P20 am Maimarktgelände geleitet und nutzen von dort kostenlose Shuttle-Busse nach Spinelli oder die Stadtbahn zum Luisenpark. Reisebusgruppen steigen an einem temporären Reisebusbahnhof auf dem Friedensplatz ein und aus, die Busse selbst parken ebenfalls auf den Parkplätzen am Maimarktgelände Ergänzend wurde ein Anwohnerschutzkonzept erarbeitet: Während der Zeit der BUGA, an insgesamt 178 Tagen, sollen im Umfeld der beiden Ausstellungsareale Spinelli und Luisenpark nur noch Anwohnende mit Bewohnerparkausweis parken. In bestimmten Bereichen mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs ist für jedermann für die Dauer von zwei Stunden das Parken mit Parkscheibe möglich.

Dadurch soll vermieden werden, dass Gäste der BUGA die ausgewiesenen Wegweisungs- und Parkleitsysteme ignorieren, etwa um Parkgebühren zu vermeiden, und stattdessen wild in den Wohngebieten parken.

Weitere Informationen: Weitere Informationen sind unter www.mannheim.de/anwohnerschutzkonzept-buga-2023 oder per E-Mail an anwohnerschutzkonzept.buga2023@mannheim.de zu erhalten.

Umsetzung der Wohngeldreform 2023 in Mannheim

Wohngeld-Plus-Gesetz ab 1. Januar in Kraft

Am 1. Januar 2023 tritt das Wohngeld-Plus-Gesetz in Kraft. Es handelt sich dabei um die größte Wohngeldreform in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit Inkrafttreten dieser Reform wird sich der Kreis der Wohngeldberechtigten etwa verdreifachen. Insofern wird auch von einer Verdreifachung der Antragstellungen ausgegangen.

Bürgerinnen und Bürgern stehen verschiedene Möglichkeiten offen, Wohngeld zu beantragen oder sich über ihren Anspruch zu informieren. Außerdem setzt die Stadtverwaltung Mannheim verschiedene Maßnahmen um, um ihren Service rund um das Thema Wohngeld ab dem 2. Januar zu erweitern. Hier gibt es einen Überblick:

Antrag auf Wohngeld

Bürgerinnen und Bürger können ihren Antrag auf Wohngeld unter www.mannheim.de/wohngeld herunterladen oder das Wohngeld direkt online beantragen über das Serviceportal Baden-Württemberg www.service-bw.de/wohngeldmannheim. Weiterhin sind Antragsformulare in den Wohngeldstellen in R 1, 12 und K 1 sowie in den Mannheimer Bürgerdiensten erhältlich.

Die Wohngeldanträge und dazu gehörende Unterlagen können während der Öffnungszeiten in den Wohngeldstellen persönlich abgegeben, an wohngeld@mannheim.de gemailt oder postalisch an die Wohngeldstelle gesendet oder in R 1, 12 in den Briefkasten eingeworfen werden.

Wohngeldstelle für Neuanträge in K 1

Ab 2. Januar wird eine weitere „Wohngeldstelle“ in K 1 eingerichtet. Hier können Bürgerinnen und Bürger, die bislang noch keine öffentlichen Leistungen beziehen, Wohngeld beantragen und eine Beratung erhalten. Die Öffnungszeiten sind: montags, dienstags, donnerstags und freitags von 8 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Wohngeldstelle für Folgeanträge in R 1, 12

Die Wohngeldstelle in R 1, 12 steht vorrangig für Bürgerrinnen und Bürger, die bereits Wohngeld erhalten, zur Verfügung. In R 1, 12 werden entsprechende Hinweisschilder angebracht. Die Öffnungszeiten sind: montags, mittwochs und freitags von 8 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 15 bis 17 Uhr.

Servicetelefon und Informationsangebot

Die Wohngeldstelle ist auch telefonisch erreichbar. Das Servicetelefon ist unter den Telefonnummern 0621/293-7839 und 293-7847 montags bis freitags von 9 bis 12 Uhr und montags bis mittwochs von 14 bis 16 Uhr erreichbar. Außerdem steht unter www.mannheim.de/wohngeld ein Informationsangebot zur Verfügung.

Über die Wohngeldreform

Das Wohngeld-Plus-Gesetz ist Teil des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung. Rund 1,4 Millionen Haushalte haben durch die Reform erstmalig

oder erneut einen Anspruch auf Wohngeld. Wohngeld richtet sich an Haushalte mit geringen Erwerbseinkommen und Altersrenten oder an Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld I, die ihren Lebensunterhalt im Wesentlichen aus eigenen Mitteln bestreiten können und allein aufgrund der Wohnkosten öffentliche Leistungen beanspruchen müssen. Die Reform verfolgt das Ziel, Haushalte mit geringem Einkommen zu unterstützen. Der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen ist bei Haushalten mit einem niedrigen Einkommen verhältnismäßig hoch. Vor diesem Hintergrund und gestiegenen Energiekosten verfolgt die Wohngeldreform das Ziel, durch eine dauerhafte Heizkosten- und eine Klimakomponente bei gleichzeitiger Ausweitung des Berechtigtenkreises mehr Menschen den Zugang zu Wohngeld zu eröffnen.

Unterstützung für polnische Partnerstadt Bydgoszcz

Der andauernde Krieg in der Ukraine hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Anrainerstaaten. So ist Mannheims polnische Partnerstadt Bydgoszcz derzeit großen logistischen und humanitären Herausforderungen durch den enormen Zuzug von ukrainischen Geflüchteten ausgesetzt. Die Stadt Mannheim unterstützt daher gezielt ihre Partnerstadt und hat direkte Hilfen für die Geflüchteten in Höhe von rund 257.000 Euro bereitgestellt.

Bydgoszcz, eine Stadt mit rund 340.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, hat inzwischen fast 50.000 ukrainische Geflüchtete aufgenommen. Seit Beginn des Kriegs nehmen weit über 2.500 geflüchtete Schülerinnen und Schüler am Unterricht in den lokalen Schulen teil. Da derzeit viele geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine den ukrainischen Unterricht noch online verfolgen, ist perspektivisch ein weiterer Anstieg der Schülerzahlen zu erwarten. Die Stadt Bydgoszcz hat daher dringende Unterstützung bei der Ausstattung der Schulen erbeten, um die ukrainischen Schülerinnen und Schüler unterrichten zu können. Mit finanzieller Unterstützung der Stadt Mannheim konnten zusätzliche Klassenräume in mehreren Schulen komplett neu eingerichtet werden, sodass weiterer Lehrraum geschaffen werden konnte. Alle Klassenzimmer wurden außerdem mit interaktiven Monitoren ausgestattet, um das Lernen von Polnisch und anderen Fächern zu erleichtern. Die Hilfen umfassten ebenso die Beschaffung von dringend benötigten Lehrbüchern und Schulmaterialien für die neu angekommenen Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine.

„Diese Hilfeleistung für unsere Partnerstadt Bydgoszcz zeigt, wie wichtig die vom Gemeinderat beschlossene kommunale Direkthilfe der Stadt Mannheim ist. Denn so können wir den betroffenen Partnerstädten schnell und unbürokratisch helfen. In diesem Fall ist die Unterstützung aus Mannheim besonders nachhaltig, geht es doch darum, jungen Menschen den Zugang zu Bildung zu erhalten“, so Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz.

Ein weiterer Teil der finanziellen Unterstützung wurde zur Anmietung einer Messehalle für die Sammlung und Verteilung von humanitären Hilfen in Bydgoszcz genutzt. Die Halle diente über mehrere Monate als Erstanlaufstelle für Geflüchtete und als Verteilzentrum für wichtige Hilfsgüter.

Der Stadtpräsident von Bydgoszcz, Rafał Bruski, übermittelte seinen Dank in einem direkten Schreiben an die Stadt Mannheim: „Mit großer Dankbarkeit möchte ich Ihnen […] meine Wertschätzung für die Unterstützung unserer Stadt und der ukrainischen Geflüchteten, die mit großer Gastfreundschaft in Bydgoszcz ein neues Zuhause gefunden haben, aussprechen. Ihre außerordentliche Geste der Solidarität ist unbezahlbar und wird uns immer als Symbol der Freundschaft und Offenheit für die in Not geratenen Nationen in Erinnerung bleiben.“

Die Unterstützung erfolgt im Zuge der kommunalen Direkthilfe der Stadt Mannheim, die neben der humanitären Unterstützung für die ukrainische Stadt Czernowitz auch unmittelbare Hilfeleistungen für die Partnerstädte Chisinau (Republik Moldau) und Bydgoszcz (Polen) vorsieht. Der Mannheimer Gemeinderat hatte als Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine einstimmig ein Sonderbudget in Höhe von 1 Million

Euro für die vom Krieg betroffenen Partnerstädte beschlossen. Die geleisteten Hilfen decken dabei die konkreten Bedarfe der Stadt Bydgoszcz, die im direkten Austausch mit der Mannheimer Stadtverwaltung beschlossen wurden. Koordiniert wird die laufende Hilfsaktion vom Fachbereich Internationales, Europa und Protokoll.

Stadt im Blick

Messungen der Geschwindigkeit

Die Stadt Mannheim führt vom Montag, 2., bis Freitag, 5. Januar, in folgenden Straßen mobile Geschwindigkeitskontrollen durch:

Badenweilerstraße (Spielstraße) - Beim Bauerspfad - Gutenbergstraße - James-Monroe-Ring - Jägerstraße - Kloppenheimer Straße - Magdeburger Straße - Mannheimer Straße - Neckarhauser Straße - Offenburger Straße - Rastatter Straße - Rüdesheimer Straße - Sachsenstraße - Sonnenschein - Straßburger Ring - Thomas-Jefferson-Straße (Spielstraße) - Thüringer Straße - Wallonenstraße - Wasserwerkstraße

Stadtraumservice Mannheim holt die Weihnachtsbäume

Ab dem 9. Januar sammelt die Müllabfuhr die ausgedienten Weihnachtsbäume ein. Den genauen Abholtermin finden die Bürgerinnen und Bürger im Abfallkalender und im Internet unter www.stadtraumservice-mannheim.de.

Damit die Müllabfuhr die Weihnachtsbäume reibungslos einsammeln kann, sind die Termine, die im Abfallkalender 2023 eingetragen sind, einzuhalten. Dabei ist es wichtig, den Baum zum angegebenen Termin bis 6.30 Uhr gut sichtbar am Gehwegrand zur Fahrbahn abzulegen. Der Baum ist davor restlos abzuschmücken und auf 1,50 Meter zu kürzen. Die Entsorgung der Weihnachtsbäume ist in den Abfallgebühren enthalten.

Es ist außerdem möglich, den Weihnachtsbaum beim Recyclinghof Im Morchhof, beim ABG-Recyclinghof oder beim ABG-Kompostplatz zu den bekannten Öffnungszeiten abzugeben. Abweichende Öffnungszeiten sind im Beitrag „Änderung der Abfallentsorgung wegen Heilige Drei Könige“ in dieser Ausgabe zu finden. Die Weihnachtsbäume werden im Anschluss kompostiert und dadurch dem natürlichen Kreislauf zugeführt. Rund 150 Tonnen Grünabfall können so jedes Jahr zu hochwertigem Mannheimer Kompost verwertet werden.

Weitere Tipps zum Vermeiden, Verwerten, Trennen und Entsorgen von Abfällen gibt die Abfallberatung des Stadtraumservice Mannheim auf www.stadtraumservice-mannheim.de.

Medienmittwoche im Januar

Im Januar findet wieder regelmäßig der kostenlose Medienmittwoch in der Stadtbibliothek statt. Am 4. Januar gibt es in der Zentralbibliothek im Stadthaus N 1 von 17 bis 18.30 Uhr ein Ü-50-Spezial mit einem Senioren-Medienmentor.

Dabei geht es darum, mit dem Smartphone zu fotografieren. Am 11. Januar stellt das Team der Stadtbibliothek von 17 bis 18 Uhr die digitale Zweigstelle www.metropolbib.de vor und erklärt die Nutzung. Am 18. Januar wird zwischen 17

und 18 Uhr die „Bib der Dinge“ vorgestellt. Dabei werden die Nutzungsbedingungen und die einzelnen Gegenstände vorgestellt.

Und am 25. Januar informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbibliothek rund um das Thema Podcasts und stellen anschließend interessante Podcasts vor.

Um eine Anmeldung per E-Mail an stadtbibliothek.zentralbibliothek@mannheim.de oder telefonisch unter 0621/293-8933 wird jeweils gebeten.

BUGA 23: Acht Tonnen schweres Spielgerät wurde geliefert

Der Saitendschungel ist auf dem Spinelligelände angekommen. Auf Grund seiner recht üppigen Maße von 8 x 4 x 3,5 Metern und einem Gewicht von knapp acht Tonnen musste das für die BUGA 23 entworfene Spielgerät per Schwerlasttransport angeliefert und mit einem Mobilkran eingehoben werden.

Ab dem 14. April können Kinder während der BUGA 23 auf dem Musikspielplatz an verschiedenen Stationen auf spielerische Weise Musik erzeugen. Eines der Spielgeräte ist der Saitendschungel, der mit seiner Vielzahl an Kletterseilen an eine Harfe erinnert. Allerdings bleibt es nicht bei der visuellen Ähnlichkeit, denn durch das Klettern auf Klangtellern, die an den Saiten befestigt werden, entstehen Töne. Die Seile und Klangteller wurden im Inneren des Rahmens befestigt.

Der Musikspielplatz ist einer von insgesamt sieben Spielplätzen. Neben dem Saitendschungel sind bei der Spielstation Musik in der Parkschale Feudenheim noch viele weitere Elemente, die an das Thema Musik anknüpfen, vorgesehen. Bereits geliefert wurde das große Musikkarussell, bei dem durch Zusammenarbeit eine sanfte Melodie entsteht. Der Musikspielplatz und die Spielanlagen in der Parkschale Käfertal bleiben auch nach der BUGA 23 bestehen und sind Teil des Naherholungsgebiets Spinellipark.

Stadt übernimmt Bearbeitung von Entschädigungsanträgen

Das Gesundheitsamt der Stadt Mannheim hat sich bereit erklärt, die Entschädigungsanträge wegen Corona-Absonderungen vom kommenden Jahr an für ganz Baden-Württemberg zu bearbeiten. Bislang sind es die vier Regierungspräsidien, die die Anträge entgegennehmen und prüfen. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz betonte: „Wir freuen uns über das Vertrauen, das die Landesregierung in unsere Stadtverwaltung setzt. Die neue Aufgabe ist eine Auszeichnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mannheimer Gesundheitsamts, die sich durch ihr Engagement und ihre professionelle Arbeit in der Pandemie ausgezeichnet und bewährt haben. Wir sind zuversichtlich, dass wir auf dieser Basis auch anstehende Herausforderungen gemeinsam angehen können."

Mit der Bereitschaft, die Arbeit zentral für alle zu übernehmen, ermöglicht es die Stadt Mannheim nun, dass die Ressourcen und Kompetenzen gebündelt werden. Das Geld für die Entschädigungszahlungen kommt auch weiterhin aus dem Landeshaushalt.

„Der Stadt Mannheim und ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bin ich sehr dankbar, dass sie diese wichtige Aufgabe übernehmen", sagte Gesundheitsminister Manne Lucha in Stuttgart. „Das Mannheimer Gesundheitsamt ist aufgrund seiner Größe und der Strukturen sehr gut geeignet und wird diese Arbeit sehr gut meistern."

Gesundheitsbürgermeister Dirk Grunert: „In der Bekämpfung der Pandemie hat das Gesundheitsamt in Mannheim eine zentrale Rolle übernommen. Dem außergewöhnlichen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir es zu verdanken, dass wir diese Ausnahmesituation zusammen gemeistert haben. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich danken."

Laut Infektionsschutzgesetz (IfSG) erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige eine Entschädigung, wenn sie aufgrund einer Absonderungspflicht oder wegen eines Tätigkeitsverbots einen Verdienstausfall erlitten haben. Dies galt bis zum Inkrafttreten der „Corona Verordnung absonderungsersetzende Maßnahmen" am 16. November 2022 für alle von einer Absonderungspflicht oder von einem Tätigkeitsverbot Betroffenen. Seit dem 16. November haben nur noch Personen Anspruch, die in medizinisch-pflegerischen Einrichtungen, in Massenunterkünften und in Justizvollzugsanstalten arbeiten und einem Tätigkeitsverbot unterliegen.

Anträge werden weiterhin über das ländergemeinsame Online-Portal www.ifsg-online.de eingereicht. Betroffene finden dort weitere Informationen sowie die genauen Anspruchsvoraussetzungen.

Änderung der Abfallentsorgung wegen Heilige Drei Könige

Wegen des Feiertags am 6. Januar ergeben sich folgende Änderungen bei der Abfallentsorgung:

Restmüll / Papier

(Haushalte mit wöchentlicher Restmüll-Leerung)

ursprünglicher Termin: Freitag, 6. Januar

neuer Termin: Samstag, 7. Januar

Stadtteile mit 14-täglicher Restmüllabfuhr

In Gebieten mit 14-täglicher Restmüllabfuhr wurde die Verschiebung bereits bei der Planung berücksichtigt. Dies gilt auch für die Leerung der Biotonne und der Wertstofftonne. Ein Blick in den Abfallkalender ist deshalb ratsam, um Abweichungen vom regulären Termin entnehmen zu können.

Die Behälterstandplätze müssen – wie immer – ungehindert zugänglich sein. Sollten die oben genannten Termine aus unvorhergesehenen Gründen nicht eingehalten werden können, wird der Abfall in den darauf folgenden Tagen entsorgt. Alle nicht genannten Abfuhrtage bleiben unverändert.

Öffnungszeiten der Recyclinghöfe sowie der Entsorgungsanlagen auf der Friesenheimer Insel

Die Recyclinghöfe Im Morchhof 37 und in der Max-Born-Str. 28 sind am 31. Dezember, am 7. Januar sowie an den Feiertagen geschlossen. An allen übrigen Werktagen gelten die bekannten Öffnungszeiten. Der ABG-Kompostplatz in der Ölhafenstraße und die Deponie Friesenheimer Insel bleiben bis 8. Januar geschlossen.

Prof. Dr. Josef Bugl wird 90 Jahre alt

Am 24. Dezember ist der ehemalige Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Josef Bugl 90 Jahre alt geworden. 1972 kam der in der Oberpfalz geborene Atomphysiker Bugl nach Mannheim zur damaligen BBC – heute ABB. 1976 wurde Bugl in den baden-württembergischen Landtag gewählt. Zwischen 1976 und 1987 war er zudem Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Mannheim. Er setzte sich besonders für die Themen Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ein. Auch als Mitglied des Bundestags, dem er von 1980 bis 1987 angehörte, brachte er seine naturwissenschaftliche Expertise ein – zunächst im Innenausschuss und später als Vorsitzender der Enquete-Kommission Technikfolgenabschätzung. Nach München und Stuttgart lehrte der Wissenschaftler an der TU Chemnitz. Darüber hinaus setzte er sich an der Spitze des Lions-Clubs für gesellschaftliche Belange ein und gehörte über lange Zeit dem Kuratorium des Technoseums an.

85. Geburtstag von Paul Buchert

Alt-CDU-Stadtrat Paul Buchert ist am 22. Dezember 85 Jahre alt geworden. Der frühere Gymnasiallehrer trat 1968 der CDU bei und widmete sich neben seinem Beruf zunächst als Bezirksbeirat der Politik. Später vertrat er die Partei im Gemeinderat insgesamt 25 Jahre lang.

Buchert war kultur- und sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und setzte seine Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft, Wirtschaft und Soziales. Besonders engagierte er sich in seinem Stadtteil Rheinau, beispielsweise mit seinem Einsatz für das Denkmal für den Erfinder des Fahrrads Karl Drais. Außerdem geht die „Kurpfälzer Meile der Innovationen“ auf Buchert zurück, der sich für die stärkere Würdigung der Region für ihre Erfinder einsetzte. Mit der Überreichung zahlreicher Auszeichnungen, wie der Bürgermedaille in Silber, wurde sein langjähriges Engagement gewürdigt.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer bei der Stadtverwaltung Mannheim ermöglichen

Zwischenbericht zum Rahmenchancengleichheitsplan veröffentlicht

Mit fast 8.000 Mitarbeitenden ist die Stadt Mannheim eine der größten Arbeitgeberinnen der Metropolregion Rhein-Neckar. Attraktive Arbeitsbedingungen sind unerlässlich, um geeignete Fachkräfte zu gewinnen und Mitarbeitende nachhaltig an die Stadtverwaltung zu binden. Der Rahmenchancengleichheitsplan der Stadt Mannheim bildet einen wichtigen Baustein innerhalb der Stadtverwaltung, um Frauen gleiche Chancen zu ermöglichen und die strukturellen Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen.

Die gesetzliche Grundlage für den Chancengleichheitsplan der Stadtverwaltung ist das Chancengleichheitsgesetz Baden-Württemberg von 2016. Außerdem trägt er zur Umsetzung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene bei. Nach drei Jahren Laufzeit wurde nun, wie gesetzlich gefordert, in einem Zwischenbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Mannheim der Stand der Umsetzungen dargelegt.

Der erste Rahmenchancengleichheitsplan der Stadt Mannheim hat eine Laufzeit von 2019 bis 2024 und gilt für die gesamte Stadtverwaltung. Aus ihm werden für alle Dienststellen nochmals eigene dienststellenspezifische Chancengleichheitspläne abgeleitet. Er enthält sieben Handlungsfelder mit insgesamt 29 Maßnahmen und wird alle sechs Jahre fortgeschrieben. Die Handlungsfelder umfassen Themen von Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege über Frauen in Führung oder gendergerechte Personalentwicklung bis hin zu Fort- und Weiterbildungen für Frauen.

Mit den Maßnahmen entlang dieser Handlungsfelder will die Stadt Mannheim ihrem Ziel – der Herstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern innerhalb der Stadtverwaltung – gerecht werden.

Bis zum Stichtag des Berichts am 30. Juni wurden acht Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Hierzu zählt beispielweise die Einrichtung eines genderspezifischen Berichtswesens, das Kennzahlen zu Aspekten der Chancengleichheit liefert. Im jährlich erscheinenden Gender Report wird auf der Grundlage einer sogenannten „Equality Balanced Scorecard“ umfangreiches Datenmaterial zu den Themenfeldern Demografie, Work-Life-Balance, Führung und Qualifizierung aufgeführt. So stellt der Gender Report beispielsweise Informationen bereit, welche Unterschiede zwischen den Geschlechtern beim Aufstieg und Arbeiten in Führungspositionen bestehen. Des Weiteren beleuchtet er den Einfluss von Elternzeit und Kindererziehung auf die Erwerbstätigkeit sowie das Arbeitszeitmodell von Frauen und Männern. Eine weitere Maßnahme, die bereits umgesetzt ist, ist der Zugang zum Fortbildungsprogramm für Beurlaubte und Freigestellte, um den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Auch der Gleichbehandlungscheck der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurde durchgeführt und 2019 zertifiziert. Die Gleichbehandlung der Geschlechter im Arbeitsleben steht als übergeordnetes Thema im Mittelpunkt dieser externen Prüfung und wird in ausgewählten Themenbereichen durchgeführt.

Unter den zehn Maßnahmen, die aktuell eingerichtet werden, ist unter anderem der Zugang zu relevanten Informationen für Beurlaubte bzw. Freigestellte. Dazu gehören vor allem Mitarbeitende in Elternzeit, von denen der größte Teil Frauen sind. Stets informiert zu sein, fördert die Bindung zur Arbeitgeberin Stadt Mannheim und erleichtert beurlaubten oder freigestellten Mitarbeitenden den Wiedereinstieg. Ebenfalls in der Umsetzungsphase befinden sich Informationsveranstaltungen und Schulungen zu den Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Personalfragen.

Zudem wurde im Berichtzeitraum die erste Phase des audit berufundfamilie erfolgreich durchlaufen. Das audit berufundfamilie ist ein anerkanntes Gütesiegel in Deutschland, das zur Erarbeitung und begleitenden Umsetzung einer familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik vergeben wird. Die Stadt Mannheim erhielt 2021 das Zertifikat für ihre familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik. Es handelt sich bei dem Audit um einen fortlaufenden Prozess mit drei Phasen bis 2030. Danach hat die Zertifizierung einen dauerhaften Charakter. Mit der Teilnahme an der Auditierung zeigt die Stadt Mannheim, dass sie einen besonderen Wert auf eine lebensphasenorientierte Personalpolitik legt. Der vollständige Zwischenbericht kann angesehen werden unter www.mannheim.de/zwischenbericht_rahmenchancengleichheitsplan.

Stimmen aus dem Gemeinderat

FDP / MFM

Der liberale Jahresrückblick 2022

Verkehr, Sauberkeit, Sicherheit und Bildung in Mannheim

Die FDP / MfM-Fraktion brachte sich auch im vergangenen Jahr wieder konstruktiv-kritisch in den Gemeinderat ein. Einige uns wichtige Themen:

Fließender Verkehr statt Dauerstau

Anfang des Jahres startete die Verwaltung trotz unserer Kritik den Verkehrsversuch in der Innenstadt. Der Handel war noch durch die Auswirkungen der Pandemie geschwächt und die vielen Sperrungen und Baustellen machen eine objektive Analyse unmöglich. Bis heute leidet der Einzelhandel und manch betroffener Anwohner darunter, die Dauerstaus auf dem Ring sind eine Katastrophe. Für uns ist der Verkehrsversuch gescheitert, die Grün-rot-rote Mehrheit zieht diesen jedoch ohne Rücksicht auf Verluste durch.

Feuerwehr, Katastrophenschutz und IT-Sicherheit gestärkt

Die Feuerwehr hatte durch Corona- und Ukrainekrise enorme Zusatzaufgaben, ohne zusätzliches Personal zu erhalten. Wir konnten erreichen, dass für die größeren Aufgaben im Bevölkerungsschutz und für die Erarbeitung des Brandschutzbedarfsplans jetzt auch die dringend notwendigen Stellen geschaffen werden. Denn Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Stadt! Der schwere Unfall im Hafen hat gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Feuerwehr ist.

Zudem haben wir uns erfolgreich für eine Stärkung der IT-Sicherheit eingesetzt. Die Stadtverwaltung hat zugesagt, mehr Sicherheit für die kritische Infrastruktur zu schaffen und mit modernen Analysemethoden Sicherheitslücken zeitnah zu erkennen und zu schließen. In Zeiten zunehmender Digitalisierung wird die Sicherheit von Daten, Netzwerken und IT-Infrastruktur immer wichtiger.

Sauberkeit durch neue Ideen

Unser hartnäckiger Einsatz für eine saubere Stadt zeigt erste Erfolge. In der städtischen Sauberkeitsoffensive werden unsere Ideen zum Teil aufgegriffen, so zum Beispiel eine neue Reinigungstechnik für die frisch sanierten Planken und moderne Methoden, um Bürgerinnen und Bürger für mehr Sauberkeit zu sensibilisieren.

Ob diese Anpassungen sich tatsächlich auch in einem sauberen und gepflegten Stadtbild niederschlagen wird die Zukunft zeigen. Wir lassen hier nicht locker.

Bildung hat oberste Priorität

Bildung ist die Basis für ein freies und selbstbestimmtes Leben. Wir haben im letzten Jahr die Freien Träger, egal ob groß oder klein, bei den Beratungen der neuen Förderrichtlinie der Stadt für KiTas unterstützt.

Beim KiTa-Ausbau haben wir vorgeschlagen, neue Standorte in moderner und hochwertiger Modulbauweise anzugehen. So können wir zumindest beim Bauen schneller werden. Für die so wichtige Gewinnung von Fachkräften haben wir weitere PiA-Ausbildungsplätze gefordert, denn ohne Erzieherinnen und Erzieher nützen neue Gebäude wenig. Außerdem haben wir uns bei den Etatberatungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Neubau der Stadtbibliothek nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird.

Wir wünschen ein gutes neues Jahr

Die FDP / MfM-Fraktion bedankt sich für Ihre Anregungen, Ideen und kritische Begleitung in diesem schwierigen Jahr 2022. Wir werden uns auch im kommenden Jahr mit aller Kraft für Sie und unsere Stadt einsetzen und freuen uns auf weiterhin guten Austausch. Wir wünschen einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2023!

Freie Wähler – Mannheimer Liste

Erfolgreich für Mannheim

Ein kurzer Blick auf das Jahr 2023

Viele Themen, die uns im Jahr 2022 beschäftigt haben werden uns auch im Neuen Jahr begleiten. Für uns mit an erster Stelle steht dabei das Thema „Mehr Sauberkeit in Mannheim“. Eine sichtbare Verbesserung ist trotz vielfältiger Bemühungen nicht erfolgt, die immer stärkere Vermüllung der Stadt zeigt dies überdeutlich. Oberstes Ziel für 2023 muss deshalb sein, die Sauberkeit deutlich zu verbessern, auch mit Blick auf die BUGA23.Unverständlich ist deshalb, dass die von der ML im Haushalt beantragten Stellen für sog. „Müll-Detektive“ auch in diesem Jahr wieder von der grün-rot-roten Mehrheit abgelehnt wurden.

Für die Zeit der BUGA23 wurden in einzelnen Stadtteilen wie z.B. in Feudenheim, Bewohnerparkzonen eingerichtet. Die ML hat Vorschläge gemacht, um die Situation insbesondere für das Gewerbe und Besucher zu entspannen, die, leider nur teilweise umgesetzt wurden. Wir werden das Geschehen weiterhin beobachten und konstruktive Verbesserungsvorschläge machen.

Im Gemeinderat haben wir gegen den Klimaschutzaktionsplan 2030 gestimmt. Aber nicht, weil wir gegen Klimaschutz sind, ganz im Gegenteil. Nein, wir halten das Zieljahr 2030 für völlig unrealistisch. Hier geht es um Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Mit der Umsetzung einzelner Projekte des KSAP 2030 soll im kommenden Jahr begonnen werden. Schauen wir gemeinsam, was Ende 2023 erreicht wurde.

Für das Kultur- und Sportzentrum Wallstadt soll im kommenden Jahr die Planung erfolgen. Wir haben beantragt, für die Jahre ab 2024 Mittel zur Umsetzung in den Haushalt einzustellen, um ein klares Signal zur Realisierung zu setzen. Dies wurde von der Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt. Unserer Meinung nach kann so das Ziel der Fertigstellung bis 2026 nicht erreicht werden. Auch hier werden wir dranbleiben und auf eine schnelle Umsetzung drängen.

Weitere Zukunfts-Themen wie die anstehende Rheindammsanierung oder die Suche nach einem neuen Standort für das Carl-Benz-Stadion – das unserer Meinung nach an der falschen Stelle steht -, die Schaffung von preiswertem Wohnraum, die Neuregelung des Gehwegparkens mit dem Ziel, möglichst viele Parkplätze zu erhalten sind auch im neuen Jahr Themen, die uns intensiv beschäftigen und die wir auch weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten werden.

Wir werden weiterhin, im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit, auf die Bevormundung durch den rot-rot- grünen Block hinweisen und konstruktive Alternativen anbieten.

Und bei allen Themen werden wir die Verwaltung und grün-rot-rote Mehrheit im Gemeinderat an ihren Aussagen messen und diese kritisch hinterfragen.

Liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

das Jahr 2023 steht vor der Tür. Es wird ein schwieriges Jahr für Alle und die Energiekosten werden vielen Mitmenschen Sorgen bereiten. Doch bleiben wir optimistisch und blicken wir nach vorne.

Gehen wir mit Mut, Zuversicht, mit Vorfreude und einem gewissen Optimismus in das Neue Jahr 2023. Es hält sicherlich wieder zahlreiche neue Herausforderungen für uns bereit, die bewältigt werden müssen.

Wir wünschen ihnen dabei viel Erfolg und ein gutes Neues Jahr, bleiben Sie gesund!

Ihre Freie Wähler – Mannheimer Liste Gemeinderatsfraktion

AFD

Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken und Ideologie im neuen Jahr

In der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr kehrt in den politischen Betrieb etwas Ruhe ein – so auch in Mannheim. Diese besinnliche Zeit bietet die Gelegenheit, einerseits auf das vergangene Jahr zurückzublicken, andererseits neben den guten Vorsätzen für das neue Jahr auch Wünsche zu äußern. Für das neue Jahr wünscht sich die AfD-Fraktion mehr Realismus und Bodenständigkeit gerade auch in der Kommunalpolitik.

Beispiel Energiepolitik:

Während im Sommer die Mannheimer Bürger von der Bundesregierung hörten, Deutschland hätte kein Problem mit der Stromversorgung, die Kernkraftwerke könnte man ohne Weiteres abschalten, wurde kurze Zeit später die Energiesparverordnung verabschiedet um Strom zu sparen. Die Straßenbeleuchtung in Mannheim wurde inzwischen reduziert, viele Bürger fühlen sich nachts nicht mehr sicher in den verdunkelten Straßen.

Trotzt dieser dramatischen Strommangellage wollen auch die Mannheimer Lokalpolitiker - bis auf die AfD-Fraktion - das Mannheimer Großkraftwerk komplett abschalten und der Strom soll in ein paar Jahren allein aus Wind und Sonne gewonnen werden.

Soweit die Theorie. Doch jetzt wurde die Politik von der Realität eingeholt: Im Dezember kam die Sonne nur selten zum Vorschein, gleichzeitig wehte in ganz Deutschland fast kein Wind. Die Folge: Windräder und Photovoltaikanlagen konnten am 8. Dezember gerade einmal lächerliche 3,9 % des Strombedarfs decken - ohne Kohle- und Kernkraftwerke wären in Deutschland und natürlich auch in Mannheim die Lichter ausgegangen.

Die Mannheimer Bürger erhielten am 7. Dezember plötzlich einen „Strom-Alarm“, da in Baden-Württemberg ein Engpass bei der Stromversorgung entstanden ist. Und Block 7 des Großkraftwerkes muss wegen Strommangel wieder in Betrieb genommen werden um das Stromnetz zu stabilisieren. Was macht man denn in ein paar Jahren, wenn wie von Mannheimer Politikern gewünscht, alle Kraftwerksblöcke abgeschaltet worden sind?

Ein anderes Beispiel betrifft die Einwanderungs- und Integrationspolitik. In den Jahren 2015/16 war Mannheim von der unkontrollierten und kulturfremden Masseneinwanderung von mehrheitlich jungen Männern aus Afrika und dem Nahen Osten sehr stark betroffen. Es gab durchaus Warnungen vor der Überlastung der Sozialsysteme und den drohenden Integrationsproblemen. Doch alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen, Kritiker der unkontrollierten Masseneinwanderung wurden diffamiert und verleumdet.

Es war die Rede davon, dass hier hochqualifizierte Fachkräfte kommen würden. Doch die Realität sieht leider anders aus: Jahre später ist der Fachkräftemangel auch

in Mannheim größer als je zuvor, eine viel zu große Anzahl der illegalen Einwanderer ist arbeitslos, da es ihnen an schulischer- und beruflicher Qualifikation mangelt.

Trotz aller Probleme haben wir aber nicht die Hoffnung aufgegeben, dass sich früher oder später die Vernunft und Bodenständigkeit gegenüber Ideologie und Wunschdenken durchsetzen wird. In diesem Sinne wünscht Ihnen die AfD-Fraktion ein gutes neues Jahr!

Kontakt: AfD-Fraktion im Gemeinderat: afd@mannheim.de

Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

Weitere Meldungen

Mannheim-Stipendium

Förderung für Studierende an Universität, Hochschule und Popakademie

Seit dem Studienjahr 2011/2012 vergibt die Stadt Mannheim die Mannheim-Stipendien an Studierende, die sich besonders durch ihre Studienleistungen und ihr soziales Engagement auszeichnen.

Über fünfzig Studierende wurden in den vergangenen Jahren mit diesem Stipendium gefördert. Aktuell erhalten sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten der Universität, der Hochschule Mannheim und der Popakademie diese Förderung. „Mit der Vergabe des Mannheim-Stipendiums haben wir 2011 etwas Neues probiert und es wurde zum Erfolg“, erklärt Christiane Ram, Fachbereichsleiterin der Wirtschafts- und Strukturförderung. „Es ist ein erfolgreicher Brückenschlag zwischen Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort und zeigt, dass hier die Studierenden als Menschen, Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch als künftige Fach- und Führungskräfte für die Mannheimer Unternehmen wertgeschätzt werden.“

An der Popakademie wurde das Stipendium am 14. Dezember im Rahmen der traditionellen Veranstaltungsreihe „Work in Progress Club“ verliehen. Die diesjährigen Stipendiatinnen an der Popakademie Baden-Württemberg freuen sich sehr, dass sie für das Mannheim-Stipendium ausgewählt wurden. „Es ist schön zu sehen, dass die Stadt Mannheim mich bei und neben meinem Studium an der Popakademie unterstützt“, sagt Hannah Bechmann und Virginia Elif Fischer dankt fürs Vertrauen: „Monnem. Kann ich nur zurückgeben.“

Neubau von Mensa und Doppelturnhalle an Gretje-Ahlrichs-Schule

Der Bau einer neuen Mensa und einer Doppelturnhalle an der Gretje-Ahlrichs-Schule im Stadtbezirk Waldhof ist abgeschlossen. Seit Beginn des neuen Schuljahrs werden die neuen Gebäudeteile durch das SBBZ Gretje-Ahlrichs-Schule und das SBBZ Hermann-Gutzmann-Schule gemeinsam genutzt. Die Gesamtkosten für den Neubau belaufen sich auf 10.470.000 Euro.

„Mit der neuen Mensa und Turnhalle werden räumliche Anforderungen an eine moderne Schulverpflegung sowie ein Schulsportangebot erfüllt und eine gemeinsame Nutzung der Gretje-Ahlrichs-Schule und der Hermann-Gutzmann-Schule ermöglicht“, begrüßt Bildungsbürgermeister Dirk Grunert den Neubau.

Um die Auswirkungen auf den Schulbetrieb möglichst gering zu halten, wurden die Bauarbeiten für den Neubau in zwei Phasen geteilt. In der ersten Phase wurde 2014 bis 2016 das neue Schulhaus errichtet und im Anschluss das alte zurückgebaut. Für die Realisierung des ersten Bauabschnitts sind insgesamt 11.950.000 Euro zur Verfügung gestellt worden.

Mit der Errichtung einer Sportstätte mit Mensa wurde 2018 die zweite Phase eingeleitet. Im September 2021 konnten die beiden neuen Gebäude seitens der Schule in Betrieb genommen werden. Die Erneuerung der Außenanlage wurde im Juli 2022 abgeschlossen.

„Wir schaffen mit dem Neubau von Sporthalle und Mensa sowie den neuen Außenanlagen an der Gretje-Ahlrichs-Schule ein ausgewogenes Angebot an Aufenthaltsqualität und Bewegung, das beste Voraussetzungen für den ganztägigen Betrieb der Schule bietet“, so Peter Doberass, Geschäftsführer der BBS Bau- und Betriebsservice GmbH.

Die Sporthalle ist außerhalb der Schulzeiten auch für eine Vereinsnutzung vorgesehen.

Willy-Brandt-Platz: Bauausführungen sind in der Winterpause

Die Bauausführungen auf dem Willy-Brandt-Platz, der seit Mai 2021 gemeinsam vom Stadtraumservice Mannheim und der rnv umgestaltet wird, sind in die Winterpause gegangen. Im Frühjahr und somit noch vor Beginn der BUGA 23 werden die ersten beiden Bauabschnitte vollständig abgeschlossen sein. Die Baumaßnahme mit einem Investitionsvolumen von rund 6,8 Millionen Euro liegt somit voll im Zeitplan.Die Restpflasterarbeiten im Bereich der Tourist Information Mannheim werden Anfang 2023 ausgeführt. Bereits jetzt sind rund 7.000 Quadratmeter desselben hellen Pflasters wie auf dem Lindenhofplatz verlegt. Durch die gleiche Verlegung soll ein Wiedererkennungswert geschaffen werden. Gleichzeitig bewirkt der neue hochwertige Belag eine sichtbar freundliche und übersichtliche Gestaltung. Helle Beläge dienen außerdem dem Klimaschutz.

Die Einfassungen der beiden kleinen Hochbeete, die sich links und rechts vom Haupteingang des Bahnhofgebäudes befinden, können zu Beginn des neuen Jahres bepflanzt werden. Die beiden großen Pflanzbeete in Richtung Tunnelstraße werden erst im Frühjahr errichtet und bepflanzt. Fertiggestellt wurden die neuen Fahrradabstellplätze, die im Februar um ein erweitertes Next-Bike-Angebot ergänzt werden.

Die Bewässerungsanlage, die das Anwachsen der Pflanzen sowie eine Bewässerung im nächsten Sommer sicherstellen sollen, befindet sich noch in Arbeit. Weitere Feinarbeiten auf der gesamten Platzfläche, wie das Aufstellen von Ausstattungselementen, wie etwa Bänke und weitere Mülleimer, werden in den kommenden Wochen folgen. Der Umbau des dritten und letzten Bauabschnitts im Bereich der Buswendeschleife sowie der Taxiwartefläche wird nach der BUGA 2024 ausgeführt.

Überblicksführung „Von der Fläche zum Raum. Bildhauerzeichnungen seit 1945“

Die Kunsthalle Mannheim ist eines der wenigen Museen Europas, das einen dezidierten Sammlungsschwerpunkt im Bereich von Skulpturen und Plastiken des 19. und 20. Jahrhunderts hat. Diese Konzentration auf die Bildhauerei spiegelt sich auch in einem reichen Konvolut in der Graphischen Sammlung wieder. In der Ausstellung „Von der Fläche zum Raum. Bildhauerzeichnungen seit 1945“ ist der breite Schatz an Zeichnungen wie auch Druckgraphiken von Künstlern wie Andrea Zaumseil, Eduardo Chillida, Richard Serra, Christo und Jeanne-Claude, Emil Cimiotti, Fred Sandback, Fabrizio Plessi und Hans Nagel zu sehen.

Eine Führung am Mittwoch, 4. Januar, ab 18.30 Uhr, gibt einen Überblick zur Schau. Die Führung kostet 6 Euro zuzüglich Eintritt. Weitere Informationen gibt es unter www.kuma.art/de/kalender.